



Exponierte Minderheit

Viele der in Österreich lebenden afghanischen Flüchtlinge sind ethnische Hazara. Das ist neben der Tatsache, dass die Geschichte dieser Minderheit immer wieder Verarbeitung in der Literatur gefunden hat, der Grund, warum vielen Österreicher*innen die Hazara zumindest vom Hörensagen bekannt sind. Wir haben uns genauer über die Geschichte und Gegenwart dieser ethnischen Gruppe erkundigt. Von Maria Fellinger

Die Hazara machen Schätzungen zufolge zwischen 10 und 20 % der derzeitigen Bevölkerung Afghanistans aus. Das so genannte *Hazarajat*, ihr ursprüngliches Siedlungsgebiet, liegt in den zentralen Hochländern Afghanistans und erstreckt sich über die Provinzen Bamyian, Daikondi, Ghor, sowie weite Teile Ghaznis, Uzugans, Parvans und Maidan Wardaks. Eine beachtliche Zahl lebt heute allerdings in den

großen Städten Afghanistans sowie in der „Hazara-Town“ in Quetta im pakistanischen Baluchistan und im Iran. Die Minderheit spricht ursprünglich *Hazaragi*, eine dialektale Variante des Dari. Heute sprechen, durch Bildung und Medien beeinflusst, die meisten, vor allem außerhalb des *Hazarajat*, Dari¹. Gemeinhin wird die Zugehörigkeit zur ethnischen Minderheit der Hazara allerdings an ihrer schiitischen Glaubenszugehörigkeit sowie ihrem eher ostasiatischen Aussehen festgemacht.

Hinsichtlich der Geschichte dieser ethnischen Minderheit, sowie ihrer schiitischen Glaubenszugehörigkeit inmitten einer überwiegend sunnitischen Mehrheit werden verschiedene Narrative erzählt und debattiert. Als relativ gesichert gelten die turkomongolischen Einflüsse auf die persischsprachigen Gruppen im Hindukusch-Gebiet, andererseits wird die historische Verbindung mit der Kushan Dynastie und den Frühzeiten des Buddhismus diskutiert.

Innerhalb der Ethnie gibt es eine gewisse Heterogenität, was die schiitische wie auch die sunnitische Glaubenszugehörigkeit oder soziale Strukturen betrifft. Dies zeigt, dass das Konstrukt der Ethnizität keiner objektiven Merkmale und klarer Herkunftsgeschichten bedarf, sondern sich vielmehr in sozialen Aushandlungen und Prozessen der Inklusion und Exklusion manifestiert. Wenn auch die Narrative rund um die Herkunftsgeschichte, insbesondere auch aufgrund politischer Instrumentalisierung und der Versuche der Legitimierung eigener territorialer Ansprüche variieren, fühlen sich die Hazara gerade aufgrund ihrer langen Geschichte der Repression und Marginalisierung verbunden.

Traumatisierende Geschichte

Bis ins 19. Jahrhundert war den Hazara in *Hazarajat* eine relative Unabhängigkeit ge-

¹ Standardvarietät der persischen Sprache in Afghanistan

währt. Dies änderte sich mit den Eingliederungsversuchen des Gebietes unter Emir Abdur Rahman (1891-1893), die mit beispiellosen Verbrechen und ethno-religiöser Polarisierung einhergingen. Mit Unterstützung der Briten wurde ein Projekt der Staatsbildung vorangetrieben, das auf das paschtunische Zentrum fokussierte. So wurde nicht nur jede Art von Auflehnung anderer Ethnien blutig niedergeschlagen, Angehörige nomadischer Paschtunen wurden teils zur Verfolgung und systematischen Ermordung von Hazara mobilisiert. Wenn Hazara heute über diese systematische Verfolgung sprechen, wird häufig von „Genozid“ gesprochen. Die Enteignung der hazarischen Bevölkerung und die Ansiedlung nomadischer, paschtunischer Gruppen schwächte die Sozialstruktur der sesshaften Ethnie und führte in Folge zu gewaltsamen Konflikten. Hazara wurden zur Zwangsarbeit in der Industrie eingesetzt. Die hohe und willkürliche Besteuerung der Minderheit und der Entzug von Basisrechten führten zu einer prekären ökonomischen und sozialen Lage. In Folge sahen sich viele Hazara zur Migration in Städte oder in das iranische oder pakistanische Ausland gezwungen. Diskriminierende Politiken, wie etwa die Enteignung zu Gunsten ethnischer und religiöser Mehrheiten bis weit ins 20. Jahrhundert und die Hungersnot in den 1970er-Jahren hielten diese Migrationssysteme stets aufrecht.

Mit dem Putsch der *DVPA (Demokratischen Volkspartei Afghanistans)* und weil die sowjetischen Kräfte sie relativ unbehelligt ließen, öffneten sich neue politische Räume für die Hazara. Die Schwächung der Vormachtstellung der Paschtunen gab ihnen Möglichkeiten für politische und militärische Mobilisierung, die sie aber in erster Linie gegen die sowjetischen Besatzer richteten. Nach Zeiten des internen, teils

gewaltsamen Konflikts wurde 1989 die Bewegung der *Hezb-e wahdat* für längere Zeit eine einigende schiitische, hazaraische Kraft. Gebiete, die im 19. Jahrhundert von den paschtunischen Nomaden besetzt worden waren, wurden nun zurückerobert. Die Entwicklung der Infrastruktur in *Hazarajat* wurde verbessert und auch die Kultur der Hazara erlebte einen neuen Aufschwung. Die militärischen Auseinandersetzungen, die sich zunächst in erster Linie gegen die kommunistische Herrschaft gewandt hatten, wandelten sich nach Abzug der Sowjets zunehmend in einen Bürgerkrieg zwischen den verschiedenen ethnisch-religiösen Gruppierungen und mächtigen Warlords.

Die Machtübernahme durch die Taliban beendete zwar den Bürgerkrieg, brachte aber ein beispielloses Maß an Unterdrückung und zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In öffentlichen Aufrufen wurde gegen die Hazara aufgrund ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit mobilisiert. Es galt, die Minderheit zu töten oder aus Afghanistan zu vertreiben. Insbesondere das Massaker an bis zu 8.000 Zivilist*innen bei der Eroberung Mazar-e Sharifs 1998 zeigt die Grausamkeit dieser Herrschaft. Aufgrund der systematischen Verfolgung unter den Taliban suchten zu dieser Zeit viele Hazara internationalen Schutz, der ihnen, etwa in Österreich, allein auf Grund ihrer Gruppenzugehörigkeit gewährt wurde.

Neues Selbstbewusstsein

Wenig überraschend unterstützten die Hazara die internationale Intervention zur Beendigung der Schreckensherrschaft der Taliban. In der neuen Verfassung aus dem Jahr 2004 wurde allen Afghan*innen rechtliche Gleichstellung zugesichert. Der schiitische Islam fand staatliche Anerkennung,

Afghan*innen jeglicher Herkunft wurde die Bekleidung öffentlicher Ämter sowie die freie Wahl des Lebensorts zugesichert. Dadurch und durch die relativ starken Verbindungen zur internationalen Gemeinschaft und der Diaspora öffneten sich Chancen auf ökonomische und soziale Entwicklung, die Hoffnung auf Beendigung des Daseins als Bürger*innen zweiter Klasse weckten. Besonders durch Bildung sollte sich die deprivierte Situation verbessern. Tatsächlich schickten im Landesvergleich überdurchschnittlich viele Hazara ihre Kinder zur Schule und gemeinhin ist ihr Bildungseifer bekannt. Seit der Gründung der Islamischen Republik Afghanistans (2004) besetzten auch hazarische Politiker*innen einflussreiche Positionen in der afghanischen Regierung. Besondere Anerkennung gilt hazarischen Frauen, die Posten in Ministerien, als Gouverneurinnen oder Bürgermeisterinnen ausfüllen. Über die letzten Jahrzehnte gelang Teilen der hazarischen Bevölkerung der gesellschaftliche und wirtschaftliche Aufstieg. Dies und die starke internationale Vernetzung lassen die Annahme zu, dass die Hazara heute einiges an Einfluss erreicht haben.

Aber während ein Teil der Minderheit tatsächlich die Chancen zum Aufstieg nutzen konnte, war und ist dies vielen noch immer verunmöglicht, sodass die Verbesserung der sozialen und politischen Lebenssituationen eines Teils der hazarischen Bevölkerung kaum wahrgenommen wird. So gibt es weiter Berichte von Beschränkungen des Zugangs zu Arbeit. Auch die Sicht auf die Hazara als Bürger*innen zweiter Klasse hat sich noch immer im Land erhalten. Die ländlichen Gebiete *Hazarajats* sind geprägt von hohen Armutsraten, fehlender Infrastruktur und einem Mangel an Arbeitsplätzen. Während die internationale Gemeinschaft in Provinzen mit hoher Prä-

senz der Taliban stark investierte, fielen paradoxerweise die Investitionen in die relativ ruhigen, abgeschiedenen und als kulturell progressiv wahrgenommen Gebiete deutlich geringer aus. Der Alltag in Armut und Chancenlosigkeit speist den Unmut über die politischen und ökonomischen Missstände. Die Politiker*innen der eigenen Ethnie werden als machtlos wahrgenommen und kritisiert, dass sie nur auf dem Papier über politisches Mitspracherecht verfügen würden. Diese Politiker*innen würden – so die Kritik – den Schein einer verfassungskonformen inklusiven Regierung für die internationale Gemeinschaft aufrechterhalten.

An dem Streit um die Trassenführung einer Hochspannungsleitung entzündete sich 2016 exemplarisch die Diskussion um die Diskriminierung der Hazara durch die Regierung. Nach ersten Plänen sollte diese die Anbindung des *Hazarajats* an das nationale Stromnetz gewährleisten und so die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben. Der Bau entlang einer anderen Route löste eine Welle nationalen und internationalen Protests aus. Am 23. Juli 2016 sprengte sich ein Selbstmordattentäter inmitten eines Demonstrationzuges der Hazara auf dem Deh Mazang-Platz in Kabul in die Luft. Die Detonation tötete mindestens 80 Menschen, Hunderte wurden verletzt.

Erosion der Sicherheitslage

Seit dem Abzug internationaler Truppen im Jahr 2014 sowie dem Erstarken der Taliban und des *Islamischen Staats der Provinz Khorasans* (IS/Daesh-Ableger) hat sich die Sicherheitslage deutlich verschlechtert. Dies ist unter anderen ein Grund für die Ausbildung eigener hazarischer Milizen, nachdem man sich in Sicherheitsfragen von der Regierung in Stich gelassen fühlt.

In systematischer Regelmäßigkeit werden Zivilist*innen in Gebieten mit hazarischer Bevölkerung angegriffen. Vor allem religiöse Stätten, Festlichkeiten, politische Veranstaltungen oder Proteste wurden und werden Ziel von Selbstmordattentaten und Anschlägen. Anschläge wie jener auf die Demonstration 2016 oder auf ein Hochzeitsfest im Sommer 2019 oder auch die Anschläge auf eine Frauen- und Kinderklinik in einem mehrheitlich von Hazara bewohnten Stadtteil Kabuls im Vorjahr forderten viele Opfer. Weiters kommt es gezielt zu Entführungen und Ermordungen von Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und religiösen (schiitischen) Würdenträgern. Diese tagtägliche Bedrohung der Hazara habe, so die *Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA)*, ein Krisenniveau erreicht.

Obwohl die Taliban der ‚traditionellen‘ Praxis, die Hazara als „Ungläubige“ zu verfolgen und gewaltsam gegen ethnische Minderheiten vorzugehen, offiziell abgeschworen haben, dauert die Verfolgung der Gruppe an. Die Erklärung, dass man die lokale Zivilbevölkerung als Landsleute und Glaubensgeschwister betrachten würde, ist in erster Linie als Versuch zu werten, die Legitimität als politischer Akteur in den Augen der internationalen Gemeinschaft zu steigern. Auch die Abgrenzung der Taliban von der Terrormiliz *ISIS-K/Daesh*, die die Hazara als Ungläubige verfolgt, ist in diesem Punkt wenig glaubhaft. Vielmehr spielen sich diese und die Taliban in der systematischen Verfolgung der Hazara in die Arme.

Es besteht also kaum Sicherheit für die Hazara, was viele dazu veranlasst, aus dem Land zu fliehen. Allerdings werden Hazara auch in Pakistan Opfer von Gewalt durch extremistische sunnitische Gruppierungen. Im Iran wurde ihnen in den ver-

gangenen Krisen-Jahren der Zugang zu Grundrechten zunehmend verweigert und immer wieder werden Berichte über Zwangsrekrutierung zum Kriegsdienst in Syrien sowie extrem ausbeuterische Arbeitsverhältnisse bekannt.

Die Friedensverhandlungen der Taliban mit den USA und die intra-afghanischen Friedensgespräche führten dazu, dass sich die Strategien und Ziele bewaffneter Gruppen im Land verändert haben. Die Sicherheitslage hat sich jedoch vor allem für Mitglieder ethnischer und religiöser Minderheiten, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Politiker*innen verschlechtert und ist höchst angespannt.

Schon vor Beginn der Friedensverhandlungen wurden Befürchtungen laut, die Rechte der ethnischen Minderheiten könnten vernachlässigt werden, und es wurde der Ausschluss von Minderheiten-Vertreter*innen an den Verhandlungen beklagt. In Zeiten des Streits um eine Nachkriegsordnung steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ethnische, linguistische und konfessionelle Identität für politische Prozesse ausgenutzt und instrumentalisiert wird. Ein Blick auf die afghanische Geschichte zeigt, dass der Schutz von Minderheiten essentieller Bestandteil des politischen Systems sein muss. Gleichzeitig dürfen Identitätspolitik und ethno-nationalistische Forderungen nicht zusätzliche Hindernisse für eine friedliche Zukunft Afghanistans aufbauen. Die Rolle der Diaspora bei der Durchsetzung der Rechte der Minderheiten ist dabei nicht zu unterschätzen. Auch wenn immer wieder Bedenken gegenüber ethno-nationalistischen Bewegungen geäußert werden, kann es – vor allem mit Blick auf die lange, gewaltsame Geschichte des Landes – ohne einen effizienten Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten keinen dauerhaften Frieden geben.